



WETZLARER ECHO

AUSGABE OKTOBER 2025

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP)

Auf der Rückseite

- Nein zur Wehrpflicht

Gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste – für die Selbstbestimmung Jugendlicher!

Die Schule ist kaputt? Das Uni-Dach stürzt ein? Die Bahn fährt nicht? Währenddessen fließen immer mehr Milliarden in die Hochrüstung. Wir wollen: Abrüstung statt Aufrüstung! Schluss mit Kriegsvorbereitung und stattdessen Milliarden für Bildung, Kultur, Gesundheit, Wohnen und zivile Infrastruktur. Wir sind gegen die Stationierung von Erstschlags- und Enthauptungswaffen, die Deutschland in ein potentielles Kriegsgebiet verwandelt. Wir fordern Diplomatie statt Aufrüstung und die konsequente Verwirklichung des Völkerrechts. Wir treten in Uni und Schule gegen die Kriegslogik und für eine Friedensentwicklung ein. Die Bundesregierung will uns bis 2029 kriegsfähig machen. Kanzler Merz fordert, Deutschland müsse Führungsmacht werden. Der Sozialstaat wird gekürzt um die Militarisierung und Aufrüstung durchzusetzen. Das bedeutet: immer mehr Geld für Waffen – und immer weniger für Bildung, Gesundheit, soziale und zivile Infrastruktur. Alle gesellschaftlichen Lebensbereiche werden dem Militär untergeordnet. Statt als Kanonenfutter für den nächsten großen Krieg zu dienen, wollen wir nicht kriegstüchtig sondern friedensfähig werden!

Du willst uns kennenlernen:
<https://www.sdaj.org/> oder
hessen@sdaj.org

Licht aus bei Buderus

Bei Buderus Edelstahl in Wetzlar gehen die Lichter aus. Rund ein Jahr nach dem Verkauf durch den österreichischen Stahl- und Technologiekonzern Voestalpine an die börsennotierte Private-Equity-Gesellschaft Mutares wird der mittelhessische Stahlhersteller filetiert und zerschlagen.

Das Stahlwerk selbst wird Ende Oktober geschlossen und das Warmwalzwerk und die mechanische Bearbeitung an die Georgsmarienhütte Gruppe verkauft. Die Gesenkschmiede hingegen soll von der zur Mutares gehörenden FerrAl United Group übernommen werden. Die Folge dieser unternehmerischen Entscheidung: 450 der bisher rund 1.120 Kolleginnen und Kollegen werden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Damit verfolgt Mutares die altbekannte Strategie, die man zu genüge auch von anderen „Heuschrecken“ kennt. Ertragsschwache bzw. mit Verlust arbeitende mittelständische Unternehmen und Konzernausgliederungen werden mit dem Ziel erworben, sie zu restrukturieren und anschließend wieder mit Gewinn zu verkaufen. Auf der Strecke bleiben die Beschäftigten.

Ähnliche Erfahrungen mussten auch die Beschäftigten von Bryden im rund 30 Kilometer entfernten Lollar machen. Der dort agierende Finanzinvestor Aequita teilte ein

Jahr nach der Übernahme mit, die Gießerei zu schließen, was die Vernichtung von weiteren 230 tarifgebundenen und mitbestimmten Industriearbeitsplätzen in der Region bedeutet. Was aus den Standorten des Automobilzulieferers in Breidenbach und Ludwigshütte im benachbarten Kreis Marburg-Biedenkopf wird, dazu schweigen sich die Verantwortlichen in den Chefetagen bisher aus.

Wie es mit Conti in Wetzlar weitergeht, ist hingegen schon seit Jahresbeginn bekannt. Die bereits im März 2024 angedrohte Standortschließung wird umgesetzt und entgegen früheren Plänen werden auch keine Jobs an andere Standorte verlegt. Stattdessen verlieren rund 360 der 430 dort Beschäftigten zu Jahresende ihren Arbeitsplatz- 200 mehr als ursprünglich angekündigt.

Fortsetzung auf Seite 2

BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt: Jetzt unterschreiben!

<https://nie-wieder-krieg.org/>

DIE WAFFEN NIEDER NIE WIEDER KRIEG

Werbung

Giessener Echo

Seit 50 Jahren. Erscheint monatlich. Beziehen unter: www.giessen.dkp.de

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung "Licht aus bei Buderus" von Seite 1

Solche Entwicklungen sind nicht auf die alte Industrieregion zwischen Lahn und Dill beschränkt, sondern sind ein bundesweit zu beobachtendes Phänomen. Unisono lautet die Antwort der Manager in den Vorstandsetagen auf Krise und Transformation: Arbeitsplatzabbau, Werksschließungen und Verlagerung ins Ausland.

Allein im vergangenen Jahr fielen so 130.000 Industriearbeitsplätze – davon 50.000 in der Automobil- und Zulieferbranche – den Kahlschlagplänen der Bosse zum Opfer. Auch die Zukunft verspricht keine Besserung und die jüngsten Ankündigungen von Bosch sind nur die Spitze des Eisberges. Der weltweit größte Autozulieferer beabsichtigt allein an deutschen Standorten neben den bereits zuvor angekündigten 9000 Arbeitsplätzen weitere rund 13.000 Stellen abzubauen. Anders sei die angestrebte Rendite von sieben Prozent in der Kfz-Sparte nicht zu erreichen, heißt es aus dem Management.

Dies alles ist nicht alternativlos. So forderte die IG Metall auf ihrer Industriekonferenz in Berlin von der Politik erneut eine aktive Industriepolitik mit Gestaltungsanspruch ein. „Der

Markt allein wird es nicht richten“, so deren Erste Vorsitzende Christiane Benner in der vergangenen Woche.

Hierzu gehören verbindliche Quoten, Pflichten und Auflagen, um wieder mehr Wertschöpfung in Deutschland und Europa zu verwirklichen. „Wer auf unsere Märkte will, muss auch hier investieren – in Standorte, Arbeitsplätze und Wertschöpfung“, so die Argumentation der größten DGB-Gewerkschaft.

Daneben erneuerte die IG Metall ihre Forderungen nach einem massiven Ausbau der Stromnetze, mehr Speicher und Elektrolysekapazitäten und einen erheblichen Netzausbau sowie die schnelle Einführung eines wettbewerbsfähigen Industriestrompreises. Außerdem müssten Finanzierung und die nötigen Förderungen langfristig sichergestellt und an Arbeitsplatz- und Standortgarantien geknüpft werden.

Ob sich die IG Metall mit ihren industriepolitischen Vorstellungen durchsetzt, wird nicht zuletzt von der betrieblichen und gesellschaftlichen Mobilisierung abhängen. Gelingt das nicht, werden bald nicht nur bei Buderus Edelstahl die Lichter ausgehen.

- Ulf Immelt

„Wir schaffen einen neuen attraktiven Wehrdienst, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert.“
– Koalitionsvertrag

„Die Betonung liegt auf zunächst ...“
– Verteidigungsminister Boris Pistorius

„Freiwilligkeit ist wichtig, aber es braucht perspektivisch auch eine Verpflichtung. Allen muss deutlich werden: Jeder und jede in unserer Gesellschaft muss einen Beitrag leisten.“
– Eva Högl Wehrbeauftragte des Bundestages (SPD)

Petition

**NEIN ZUR!
WEHRPFLICHT!**



Nein zur Wehrpflicht!

Am 15. September fasste der DGB-Bundesjugendausschuss einen Beschluss unter dem Titel „Wehrpflicht und andere Pflichtdienste verhindern!“

Die DGB-Jugend bleibt antimilitaristisch. Wir setzen uns gegen jede Militarisierung unserer Gesellschaft ein. Unser Handeln steht im Geiste der Friedensbewegung unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“

Krieg und die Vorstellung davon dürfen nicht normalisiert werden. Frieden ist und bleibt das Ziel gewerkschaftlicher Politik und muss das Ziel des Staates sein.

Unsere Haltung bleibt klar: Die DGB-Jugend lehnt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und des Zivildienstes und die Einführung anderer Pflichtdienste für junge Menschen ab. Bestehende rechtliche Möglichkeiten zum Pflichtdienst oder zur Arbeitspflicht müssen abgeschafft werden. Jede Form der Wehrrfassung lehnen wir ebenfalls ab. Es besteht die reale Gefahr, dass verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung struktureller Probleme im Sozial- und Pflegebereich genutzt werden. Das unterwandert bestehendes Fachpersonal und darf nicht für die Beschaffung billiger Arbeitskräfte missbraucht werden (...)

Kontakt

E-Mail: lahn-dill@dkp.de
Web: www.lahn-dill.dkp.de

V.i.S.d.P.: Walter Schäfer,
c/o DKP Hessen, Schönstr. 28,
60327 Frankfurt